

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1917**

296 (18.12.1917)

# Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Abgaben od. am Postämter monatlich 10 S., 1/4 Jährl. 2,70 M., Begehrt durch unsere Träger 1 M., bezw. 8 M., durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durch d. Feldpost 1,05 M. bezw. 3,03 M., vorauszahlbar.

Anzeige: Freitag mittags, Geschäftszeit: 1/2-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle oder deren Raum 20 S. Platzanzeigen billiger bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für große Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: W. G. Schönbach & Co., Karlsruhe

## fort mit der Geheimdiplomatie.

Die Staatsmänner Europas, vor allem die der Mittelmächte, müssen sich an den Gedanken gewöhnen, daß die Geheimdiplomatie zur Föhrung der auswärtigen Politik des Staates nicht nur ein undrausbares, sondern geradezu ein unmögliches Mittel geworden ist und bei der enger Verwobenheit aller diplomatischen Angelegenheiten im Krieg wie im Frieden ist es ganz unmöglich, daß eine Macht die Methoden der Geheimdiplomatie aufrecht erhält, während die andere sie zum alten Eisen geworfen hat. Die unangenehmsten Beispielen müßten die unmittelbare Folge davon sein.

Kein Staatsgeheimnis ist so sicher, daß es nicht eines Tages in allen Gassen ausgesprochen werden könnte. Das haben die russischen Veröffentlichungen der ententistischen Geheimdokumente bewiesen. Kein Schmutzweg und kein Chiffre-System ist so sicher, daß man ihm geheime Wünsche und Gedanken sicher anvertrauen dürfte: Die Zimmermann und Hurburg haben es erfahren. Es geht mit den Enthüllungen eben wie beim Anzählspiel der Kinder, mal ist der, mal ist jener „Müllers Geis“, und die anderen freuen sich dann darüber.

Die russische Regierung will nun diesem ganzen Spiel ein Ende machen und sie will überhaupt nur noch öffentlich verhandeln. Öffentlich sollen die Waffenstillstandsverhandlungen sein, öffentlich die Friedensverhandlungen. Die russische Regierung will als Volksregierung nicht nur zu den Generälen und zünftigen Diplomaten, sondern zu den Völkern selbst sprechen. Darob großes Entsetzen bei allen geübten Berichten.

Man fürchtet vor allem, wenn dem deutschen Volke die aufrührerischen Redensarten der jenen Herren von Rußland bekannt würden, so könnte es gleichfalls rabiat werden. Dabei gibt es wohl in ganz Deutschland keinen Menschen mehr, der nicht genau weiß, was die russische Regierung will und welche Sprache sie redet. Die Zensur hat freilich in der letzten Zeit viel zu tun gehabt, aber es ist ihr doch nicht viel anders dabei gegangen, als einem Mann, der hinter einem Wägenkasten sucht und hinterher jagt. Allmählich beginnt man auch schon die Ausdruckslosigkeit aller Verhinderungsversuche einzusehen. Möchte man doch auch den großen Schaden erkennen, den sie — und nicht etwa die Verbreitung der russischen Staatsgefährlichkeiten — imstande sind, anzurichten.

Man hat jowie schon der Mündigkeit des deutschen Volkes gewöhnt, daß man diesem Volk wirklich die beschämenden Versuche erlauben soll, ihm wichtige Nachrichten aus dem jetzt wichtigsten Ausland, aus Rußland, vorzunehmen. Das Volk hat ein volles Recht darauf, über die Aufstellungen, die drüben herrschen, vollständig aufgeklärt zu sein. Und ebenso über den Gang der Verhandlungen, alles zu erfahren, was von russischer Seite darüber publiziert wird. Man veröffentlicht in den deutschen Zeitungen seit 3 Jahren die feindlichen Heeresberichte. Warum sollte man die feindlichen Friedensberichte für gefährlicher halten?

Schon die ungeheure Verantwortung, die die Regierung vor dem Volke für das Gelingen der Verhandlungen trägt, müßte sie dazu veranlassen, mit offenen Karten zu spielen. Man stelle sich einmal vor, die Verhandlungen würden scheitern, und das enttäuschte Volk würde nachträglich durch irgend eine der nie ausbleibenden Enttäuschungen erfahren, woran sie gescheitert sind. Welche Stimmung müßte sich dann wohl des Volkes bemächtigen?

Eben jetzt wieder beschäftigt sich die Presse mit einer höchst lässlichen deutschen Friedensaktion England gegenüber, die im September d. J. erfolgt sein soll. Das Erste darüber erfahren wir aus den russischen Geheimdokumenten und das Zweite aus einer Rede Balfours im englischen Unterhaus. Deutschland soll sich zunächst erboten haben, England eine Mitteilung über den Frieden zu machen, auf die Erklärung Englands aber es sei bereit, die Mitteilung entgegenzunehmen, sei keine weitere Antwort erfolgt. Die Frage ist wohl erlaubt, was da eigentlich vorgegangen ist. Die „Deutsche Zeitung“ will wissen, die deutsche Regierung habe damals eine Erklärung für die belgische Selbstständigkeit abgeben wollen, sie sei aber davon „infolge der Stellungnahme zweier wichtiger Persönlichkeiten im „Aronat““ davor zurückgeschreckt. Diese Darstellung macht eine Aufklärung nur noch um so dringender.

Jedenfalls hat sich auch an diesem Beispiel das alte Wort bewährt, daß nichts so fern gewonnen ist wie. Man breche also mit den unheimlichen und ganz unmöglich gewordenen Methoden der diplomatischen Geheimnisthümer! Nur dadurch läßt sich verhindern, daß eine Atmosphäre des Mißtrauens entsteht, die gefährlich werden kann.

## Der Waffenstillstandsvertrag mit Rußland. — Beginn der Friedensverhandlungen

### Deutscher Tagesbericht.

W. G. Großes Hauptquartier, 17. Dez. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Auf dem Südriver der Scarpe und den einzelnen Abschnitten südwestlich von Cambrai lebhaftere Feuerstätigkeit. Stärkeres Artillerie- und Minenfeuer lag auf der Südfront von St. Quentin.

#### Heeresgruppe Herzog Albrecht

Nördlich von St. Mihiel und im Sundgau war die französische Artillerie tätiger als an den Vortagen.

Leutnant Müller errang seinen 38. Lufttag.

### Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

#### Mazedonische Front

Zwischen Wardar und Doiranee stieß eine englische Kompanie nach kräftiger Feuerwirkung vor. Im Gefechte mit bulgarischen Kräften wurde sie abgewiesen.

#### Italienische Front.

Zwischen Brenta und Piave dauerten in einzelnen Abschnitten heftige Artilleriekämpfe an. In erfolgreichen Unternehmungen brachten österreichisch-ungarische Truppen südlich vom Col Caprile mehrere hundert Gefangene ein. Italienische Vorstöße gegen unsere Linien südlich vom Monte Fontana Sacca scheiterten.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

### Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 17. Dez. (W. G. Nicht amtlich.) Amtlich wird veröffentlicht:

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen Brenta und Piave wurden südlich des Col Caprile neuerlich 400 Gefangene eingebracht. Weiter östlich scheiterten feindliche Angriffe. An der Piave Artilleriekämpfe. Hauptmann Brunowitsch errang seinen 25. Lufttag.

Der Chef des Generalstabes

## Der deutsch-russische Waffenstillstand.

Berlin, 17. Dezember.

Der Vertrag, der in Brest-Litowsk zwischen den Bevollmächtigten beider Heeresleistungen unter Mitwirkung von Vertretern des Reichsanwalters sowie des Auswärtigen Amtes unterzeichnet wurde, wird den Vätern des Vierbundes gerade Gemütigung und Freude auslösen, ebenso gewiß auch bei dem russischen Volk, denn es sind in dem Vertrag über den Waffenstillstand hinausgehend bereits eine Reihe von Abmachungen enthalten, die als glückliche Einleitung des Friedensvertrages gelten können.

Soweit die einzelnen Artikel des geschichtlichen Dokumentes militärischer Natur sind, auf Truppenverchiebungen, Stellungen und dergleichen bezugnehmend, entziehen sie sich ebenso wie die Maßgaben für die beiderseitigen Kriegesflotten jeden Kommentars. Nur so viel kann darüber gesagt werden, daß auch sie wie die rein politischen Vereinbarungen im Sinne der Einigkeit und Vernunft, sowie in der Absicht, schnell zum guten Ziele zu kommen, abgefaßt wurden.

Es war selbstverständlich, daß entlang der Fronten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere in größerer Zahl gemischte Ausschüsse eingesetzt werden mußten, welche insbesondere zu verhüten haben, daß keine Verfündigung gegen die Waffenruhe eintrete.

Artikel IV des Vertrages enthält die Bestimmungen zur Befestigung eines freundschaftlichen Verkehrs zwischen dem bisher feindlichen Truppen, der freundschaftliche Verkehr mit dem Hinterlande soll nach dem Inhalte, der dem Vertrage angefügt wurde, somit ebenfalls beginnen. Als Zeichen des Vertrauens, das wir in den aufrichtigen Wunsch des russischen Volkes setzen, den Kriegesübeln ein Ende zu machen, wurde Petersburg zum Sitz des Ausschusses bestimmt, der über die Entwicklung des vorläufigen Post- und Handelsverkehrs verhandeln soll.

Sehr wichtig ist auch, daß die im Artikel 10 vorgesehene Wärmung des „früher unabhängigen neutralen perischen Reiches“ durch die russischen Truppen eine erste praktische

Festlegung nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker und eine Erleichterung unserer Friedensstipulationen mit Rußland enthält. (Wortlaut des Vertrages siehe Seite 3.)

## Friedens-Verhandlungen.

Berlin 17. 12. (W. G. Amtlich.) Die Regierungen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei werden bereits in den nächsten Tagen in Friedensverhandlungen mit Rußland eintreten. Die Abreise der deutschen Bevollmächtigten erfolgt demnächst. Unverbindliche Vorgespräche über die Friedensbedingungen zwischen den schon in Brest-Litowsk anwesenden Vertretern der beteiligten Regierungen sind bereits im Gange.

### Kühlmann reist nach Brest-Litowsk.

Berlin, 17. Dez. (W. G. Nichtamtlich.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Wie wir hören, wird Staatssekretär von Kühlmann im Laufe der Woche sich zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk begeben. Wie die „Berliner Börsen-Zeitung“ erfährt, wird außer dem Staatssekretär v. Kühlmann auch der österreichische Minister des Reiches Graf Czernin sich in den nächsten Tagen nach Brest-Litowsk begeben.

### Die Lage an den Fronten.

W. G. Berlin, 17. Dez. (Nicht amtlich.) An der Flandern-Front am 16. Dezember nur an vereinzelten Stellen und nur zeitweise lebhaftere Artillerietätigkeit.

In Artois steigerte sich das feindliche Feuer vorübergehend zu größerer Stärke in Gegend nördlich Lille und nördlich Lens. An der Bahn Douai-Arras wurde eine starke feindliche Abteilung unter erheblichen Verlusten abgewiesen. Auf unseren Stellungen zwischen Straße Arras-Cambrai und Bullecourt lag heftiges feindliches Artilleriefeuer, während der Gegner auf unsere Gräben südlich von Roendres heftige Feuerüberfälle richtete. Auch der Abschnitt Sonnenen-Billers-Grislain erhielt starken Beschuß.

In Gegend südlich St. Quentin hielt bis zur Dunkelheit starkes Artillerie- und Minenfeuer schwerer Kaliber an. Westlich Yancourt drangen eigene Sturmtruppen bis zum zweiten feindlichen Graben vor und sprengten dort feindliche Minendepote und Munitionslager.

Nordöstlich von Soissons wurden in Gegend von Carbeny Gefangene eingebracht.

An der Champagne richtete der Feind tagsüber lebhaftes Artillerie- und Minenfeuer gegen unsere Stellungen an der Butte-de-Meilin.

In Italien haben österreichisch-ungarische Truppen wiederum bei erfolgreichen Unternehmungen südlich vom Col Caprile mehrere hundert Gefangene eingebracht, während italienische Vorstöße gegen unsere Linien südlich vom Monte Fontana Sacca unter schweren Feindverlusten abgewiesen wurden.

In Mazedonien erlitt eine englische Kompanie durch bulgarische Abwehr schwere Verluste.

### Luftkriegsbilanz.

Berlin, 17. Dez. (W. G. Nichtamtlich.) Im November verloren unsere Gegner durch die Tätigkeit unserer Kampfmittel an allen Fronten im ganzen 205 Flugzeuge und 22 Ballone. Wir haben demgegenüber 60 Flugzeuge und zwei Ballone eingebracht. Davon sind 33 Flugzeuge jenseits der Linien verblieben, während die anderen 27 über unseren Linien verloren gingen. Auf die Westfront allein entfallen von 205 außer Gefecht gesetzten feindlichen Flugzeugen 167, von den 60 deutschen Flugzeugen 44. An der italienischen Front haben wir 26 feindliche Flugzeuge abgeschossen und zehn eigene eingebracht. In einzelnen fest sich die Summe der feindlichen Verluste folgendermaßen zusammen: 205 Flugzeuge wurden im Luftkampf, 38 durch Flugabwehrkanonen, vier durch Infanterie abgeschossen, dreizehn landeten unfeindlich hinter unseren Linien. Von diesen Flugzeugen sind 85 in unserm Besitz, 120 sind jenseits unserer Linien erkennbar abgeschürzt.

### Neue U-Booterfolge im Mittelmeer.

Wien, 17. Dez. Der Madrider Korrespondent der „Aktu. Zn.“ berichtet über ein Seegefecht bei Alicante, wobei aus einem Geleitzug herausgeschossen wurden ein amerikanischer Dampfer „Dawagoo“ (10.000 Tonnen), ein norwegischer, ein englischer und spanischer Dampfer; letzterer ist der frühere Hamburger Dampfer „Benzig“, von dem 110 Schiffbrüchige in Alicante gelandet wurden.

den. Der Dampfer brachte Kringsmaterial nach Europa. In der Gesecht wurden außerdem noch eine Anzahl anderer Schiffe in die Tiefe befördert. Das Tauchboot verfiel alsdann.

Aus Taragona wird ein Zusammenstoß zweier italienischer Dampfer gemeldet. Das Transportschiff „Cavour“ (8000 Tonnen) sank, 700 Mann wurden gerettet.

Portugiesische Fischer erklärten, vor Leixoes seien auch zwei portugiesische Dampfer versenkt worden.

W.B. Kopenhagen, 17. Dez. (Nicht amtlich.) Das Ministerium des Meeres meldet: Der amerikanische Dampfer „Peter Willamo“ auf einer Kohlenfahrt zwischen England und Dänemark, ist in der Nordsee versenkt worden. Der Kapitän und 16 Mann der Besatzung sind in News-Castle gelandet. Der erste und zweite Maschinist wurde getötet.

Geheimisungen in Rom.

Rom, 17. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Weiter hat die vierte Geheimisung der italienischen Kammer stattgefunden. Nur 250 Deputierte waren zugegen. Für heute ist eine weitere Geheimisung angesetzt, wie die Presse hofft, die letzte. Es wird bestimmt auf Beendigung der öffentlichen Sitzungen vor Weihnachten gerechnet.

Die Lage in Rußland.

W.B. Petersburg, 17. Dez. (Nicht amtlich.) Meldung des Reiterischen Büros. Beim Erscheinen des neuen marxistischen Bürgermeisters verließen alle Beamte der Petersburger Stadtverwaltung das Rathaus, indem sie gegen die Ungeheuerlichkeit der maximalistischen Verwaltung Einspruch erhoben. Die Volkbeauftragten haben einen Erlaß herausgegeben, der die Trennung von Kirche und Staat festsetzt und gleichzeitig die Kirchen und Klöster nötigt, Gold, Silber und Edelsteine, die Mitras und Kreuze der Geistlichkeit herauszugeben. Ferner wird die Geistlichkeit verpflichtet, im Heere zu dienen, wo sie nicht zum Kampfe verwendet wird. General Mobjky, Oberbefehlshaber der Nordfront, wurde verhaftet und nach der Peter-Pauls-Festung gebracht.

Petersburg, 15. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung der Red. Tel.-Ag. Der allgemeine Eisenbahndienst kommt in Gang. Die Verwaltung der Eisenbahnen und Verkehrswege meldet, daß in den letzten Tagen hinreichende Zufuhren an Lebensmitteln und Brennstoffen für Petersburg und Moskau und alle volkreichen Orte und Gegenden Nordrußlands sowie der Süd- und Nordfront eintrafen. Für die Versorgung Petersburgs sind täglich 40 Waggons Getreide nötig; am 1. Dezember trafen 38 Waggons ein.

Die Affäre Caillaux.

W.B. Paris, 17. Dez. (Nicht amtlich.) Der Ausschuß der Kammer stimmte mit 9 Stimmen mit zwei Stimmenenthaltenungen der Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Caillaux und Loucheur zu und ernannte Raimon zum Berichtserstatter.

W.B. Paris, 17. Dez. (Nicht amtlich.) Ag. Hav. Dem parlamentarischen Ausschuß zur Prüfung der Angelegenheit Caillaux erklärte Clemenceau unter Hinweis auf die diplomatischen Schwierigkeiten, daß die Anwesenheit von Caillaux in Rom die italienische Regierung beunruhigt habe. Clemenceau habe den Vorschlag gemacht, England und Rußland, sowie dem rumänischen Gesandten dies mitgeteilt. Clemenceau fügte hinzu: Wenn die gegen Caillaux vorgebrachten Vermutungen irgend einen einfachen Bürger betreffen würden, so würde es keine Erörterungen geben. Die Regierung habe ihre Verantwortung übernommen, die Kammer werde die ihrige tragen, andernfalls werde die Regierung zurücktreten. Der Ausschuß hörte hierauf Caillaux an. Er stimmte sodann für die Aufhebung der Immunität Caillaux und beschloß, die von der Regierung mitgeteilten Schriftstücke, sowie den stenographischen Bericht des Ausschusses zu veröffentlichen. Die Erörterung in der Kammer findet am Donnerstag oder früher statt.

Deutsches Reich.

Für Frieden und gleiches Recht.

Vor 2500 Personen sprach am Mittwoch Abg. Schöpflin in Kiel für einen Verständigungsfrieden und für das gleiche Wahlrecht. Die Versammlung nahm einen vorzüglichen Verlauf. Die „Unabhängigen“ hatten sich ebenfalls zahlreich eingefunden; zwei von ihnen, Rögerling und Ropp, beteiligten sich an der Diskussion. Mit ihren Verträgen, die sozialdemokratische Partei der Kreisgabe ihrer Grundzüge zu beschuldigen, riefen sie jedoch glatt ab und in größter Ruhe nahmen die Versammelten das Schlußwort Schöpflins entgegen, in welchem er darlegte, daß die Tätigkeit und das Auftreten der „Unabhängigen“ lediglich der täglich dreifach sich ergebenden Reaktion zum Nutzen gereiche. Gegen 8-10 Stimmen fand eine Resolution Annahme, die sich mit den Darlegungen des Referenten einverstanden erklärte. Es soll auch hervorgehoben werden, daß die „Unabhängigen“ in dieser Versammlung von jedem Verleumdungen, durch beschimpfende Zwischenrufe oder Reden über zu wollen.

Wie den „Unabhängigen“, so geht es den Kieler Reaktionsären und Altsenken. Eine am Montag abend von ihnen in Kiel veranstaltete Versammlung, für die alle Reklamemittel nutzbar gemacht wurden, hatte nur 500 Personen auf die Beine gebracht, die nach dem Vortrag des hochgradigen national-liberalen Landtagsabg. Dr. Schifferer eine Resolution beschloßen, in der als deutsche Friedensbedingungen Siedelungsland im Osten, Verbesserung unserer Grenze und Kohle und Erz im Westen, militärische Beherrschung der skandinavischen Küste und Wehrung des afrikanischen Kolonialbestandes gefordert wird. — Die „Unabhängigen“ von links und die von rechts sind in Kiel unten durch.

Kommunalpolitik.

Zum kommunalen Wahlrecht der Frauen. Man schreibt uns: Der Badische Oberband für Frauenbestrebungen erachtet es unter den gegenwärtigen Verhältnissen als seine dringende Aufgabe, auf die Notwendigkeit der Verleihung des kommunalen Wahlrechts an die Frauen hinzuweisen. In seinem Entwurf für eine neue

Städteordnung hat bekanntlich u. a. der Oberbürgermeister der größten Stadt Badens Geheimrat Dr. Kuger sich für die volle Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern auf diesem Gebiete ausgesprochen, wohl sicher aus seinen praktischen Erfahrungen heraus mit der Arbeit der Frauen. Und kraft dieser ihrer Arbeit für die Allgemeinheit wie auch kraft ihrer Würde als vollwertige Menschen verlangen die Frauen selbst, daß die zu erwartende Neugegestaltung den ihnen unerträglichen Widerstand beseitige, zwischen dem was sie tatsächlich für das Gemeinwesen erfinden und leisten und dem, wie sie darin bewertet werden. Der Badische Verband gibt sich der Hoffnung hin, daß Deutschland in seiner Ehre der Frauen nicht hinter den fremden uns heute feindlichen Staaten zurückbleiben werde, in denen teils die Frauen ihr Ziel bereits erreicht haben, teilweise unmittelbar vor der Erreichung dieses Zieles stehen.

Militärische Propaganda für die Vaterlandspartei.

Ich erhielt im Laufe der letzten Wochen eine Anzahl von Soldatenbriefen aus Front und Etappe, die keinen Zweifel daran lassen, daß die Propaganda für die Ideen der sogenannten Vaterlandspartei im Heere trotz der bestimmten Erklärungen des kgl. preuß. Kriegsministers in der Reichstagsitzung vom 6. Oktober ds. J. lustig weitergeht. Wo die Unbekümmertheit der militärischen Vorgesetzten um das in jener Erklärung Gesagte immerhin noch nicht groß genug ist, um sie die offene Agitation für die allseitigen Kriegsziele riskieren zu lassen, nehmen jene Herren ihre Zuflucht zu verfeinerten Methoden. Bezeichnend hierfür ist eine Anzahl Briefe von Soldaten, deren Inhalt sich in tatsächlicher Hinsicht deckt mit dem, was mir unter dem 26. November ds. J. von einem Angehörigen des Schallmehrktrupps 92 mitgeteilt wird. Der Mann schreibt:

„Obwohl es, soviel mir bekannt, streng verboten ist, an der Front für irgend eine Parteiorganisation zu werben, schreibe ich mit der „Vaterlandspartei“ eine Ausnahme gemacht zu werden. Welche Mittel dabei in Anwendung kommen, das möchten Sie aus dem folgenden ersehen:

„Man da gestern ein Offiziersstellvertreter zu uns in den Unterstand und gab uns einige religiöse Blätter, wie z. B. „Einiger für alle“, „Durch Kampf zum Sieg“ usw. Als ich die Blätter fortzte, fand ich in der Mitte die alldeutsche Heerespropaganda „Wir wollen jetzt den Frieden“, die man dieser Art unverzüglich zwischen die zugelassene Lektüre hineingeschmuggelt hatte. Die Entdeckung eregte bei uns natürlich starke Enttäuschung, und wir haben es für unsere Pflicht, Ihnen von diesen Vorkommnissen Mitteilung zu machen, damit ihnen endlich ein Niegel vorgeschoben wird.“

Soweit der Mann in der Front! Das von ihm erwähnte alldeutsche Machwerk trägt den Jenuermerk des 13. (württembergischen) Armeekorps, ist erschienen im „Schriftwender der Liebenzeller Mission, Liebenzell (Würtbg.)“ und gedruckt in der „St. Johannis-Druckerei, Dinglingen (Waden)“. Sein Inhalt stellt sich dar als demagogische Heze gegen den von Reichsregierung und Reichstag vertretenen Frieden der Verständigung, indem er für die Annexion von Belgien, Kurland und Livland Stimmung macht und die Reichsregierung auffordert, den Reichstag „nach Sowie zu schicken“. Die Mehrheit des letzteren seie sich aus der roten, der goldenen und der schwarzen Internationale zusammen, die alle bereit seien, die Interessen des deutschen Volkes gegen ihre Sonderwege zu „verschächern“. Rußland sei von uns bereits erledigt, Frankreich und Italien ebenso zu erfolgreichen Angriffen unfähig, mit England und Amerika würden wir auch noch fertig werden, um dann „als Sieger den Besiegten die Forderungen stellen“ zu können usw. ufm.

Ich erlaube alle diejenigen Mannschaften in Front und Etappe, denen diese Rollen zu Gesicht kommen, mir umgehend genaue und zuverlässige Mitteilung zu machen, sofern ihnen bei ihren Truppenteilen ähnliche Treibereien der „Vaterlandsparteiler“ bekannt werden sollten. Es wird sich dann zu zeigen haben, ob die höheren militärischen Kommandostellen demwill sind, diesen Zuständen ein Ende zu machen oder sie stillschweigend weiter zu dulden.

Wannheim, den 15. Dezember 1917.

Oskar Sed., Mitglied des Reichstags.

Aus der Partei.

Ettlingen, 18. Dez. Am letzten Samstag fand im Lokal (Nebenzimmer) des Parteigenossen Traut auf allseitigen Wunsch der noch anwesenden Parteigenossen eine Versammlung statt. Der Vorsitzende, Gen. Stöhrer gab in einem kurzen Vortrag ein Bild der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage, und besonders der Parteiverhältnisse in Ettlingen und forderte die Anwesenden auf, mitzuarbeiten, um auch bei uns das seit langer Zeit brachliegende Parteileben wieder zu heben. Gen. Frank gab dann den Bericht von der letzten Bürgerausstellung, Fürsorgekommission und Kohlenkommission, welche von den Anwesenden mit lebhafter Zustimmung zur Haltung unserer Fraktion aufgenommen wurde. Unter Punkt „Verhältnisse“ wurden noch einige Anträge welche von unserer Fraktion gestellt wurden, gut geheißen und genehmigt. Die Diskussion war eine sehr lebhaft.

Enden.

Die Einkommensteuer für 1918 und 1919.

Nach dem neuen Gesetzentwurf über die Einkommensteuerverhältnisse für 1918 und 1919 sollen von den Steuerfähigen in ganz n erhoben werden: Für Einkommen

Table with 4 columns: Income range, 1917 tax, 1918 tax, 1919 tax. Rows include ranges from 900 M to 30,000 M and more.

Nach dem mir vorliegenden Auszug aus der Begründung des Staatsratsantrags erfolgt die weitere Stafflung der Zuschläge, um die niederen Einkommen nicht zu sehr zu belasten. Besteht man sich die vorgeschlagene Milderung genauer, so muß der Schluß gezogen werden, daß nur die Einkommen von 2400 M bis ausschließlich 8000 M

eine Entlastung im ganzen nötig haben, die geringeren aber nicht. Man ist also im Begriff, einen ähnlichen Widerstand zu begehen, wie 1900, wo man unter Berücksichtigung neuerer Lebensverhältnisse die bestenerfähige Einkommens-Mindestgrenze zwar von 500 M auf 900 M erhöhte, aber gleichzeitig die dieser Grenze nahe stehenden höheren Einkommen gleich wie bisher belasten ließ.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Einkommen unter 2400 M vor allen andern eine Entlastung nötig haben und zwar eine ganz erhebliche. Bei ihnen wieder 100 vom Hundert zu erhöhen, bedeutet für sie angesichts der jetzigen Lebensverhältnisse tatsächlich einen ungeheuren Zuschlag. Wenn auch jetzt an eine Milderung des in verschiedener Hinsicht sehr mangelhaften Steuerrechts nicht herangeführt werden kann, muß aber die Volkserleichterung mit allem Nachdruck auf einer weiteren Entlastung der niederen Einkommen bestehen.

Dies könnte etwa in der Weise geschehen, daß die Einkommen

Table with 2 columns: Income range, Tax amount. Rows include 2000 M to 2400 M and 1600 M to 2000 M.

des Tarif befreit werden, die Einkommen unter 1200 M aber unter allen Umständen ganz frei bleiben. Bedingt der gesteigerte Steuerbedarf hindert, die vorgeschlagene Entlastung nicht noch weiter auszudehnen. Der so ermäßigte und für die großen Einkommen erhöhte Steuerbeitrag sollte aber auch als berücksichtigter Steuerfuß für die Gemeinde- und Kirchensteuern maßgebend sein.

Von Seiten der Regierung wird man natürlich mit der Schlagwörtern „Steuerausfall“ und „technische Schwierigkeiten“ kommen. Nun, warum jögert man denn in einer Zeit, wo mancher Reiche infolge ungünstiger Anlage seines Vermögens auf einen Bruchteil seines früheren Einkommens angewiesen ist, die ganz großen Einkommen nicht noch etwas mehr zu belasten? Wenn die Einkommen von 30 000 M 5 v. H. Erhöhung ertragen können, würden jene von 100 000 M nicht 10, jene von 500 000 M nicht 20 v. H. Erhöhung ausstatten?

Die technischen Schwierigkeiten sind keineswegs unüberwindlich.

Wörzheim, 17. Dez. Einen Zusammenstoß mit einem Wilderer hatte am 11. Dezember im Bröhinger Walde, Gemarung Kohlpfanne, der Jagdinspektor Weber. Der Wilderer gab auf den Jagdinspektor zwei Schüsse ab, ohne zu treffen. Auch Weber gab auf den bis jetzt noch unbekanntem Wilderer, der nun die Flucht ergriffen hat, einen Schrotschuß ab und hat ihn ziemlich sicher verumtlich in die Schuller getroffen.

Offenburg, 17. Dez. Gefährliche Verbrecher standen vor der letzten Strafkammerprüfung. Zunächst hatte sich der 55-jährige Scharnier Robert Schwedler aus Großschwarzenheim, der schon 22 Jahre seines Lebens im Justizhaus zugebracht hat, wegen zahlreicher Diebstähle, die er in der Gegend von Gengenbach und Offenburg verübt zu verantworten. Er erhielt drei Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Zwei weitere Diebe, der 45-jährige Kellner Karl Müller und der 47-jährige Schutzmacher Josef Wied aus Emmart, machten die Gegend von Rippoldsau unsicher. Sie stahlen, was ihnen in die Hände fiel. Müller erhielt drei Jahre Zuchthaus und Wied ein Jahr und drei Monate Gefängnis.

Schnau i. B., 17. Dez. Kaum glaubliche Zustände wurden bei einem Landwirt in Witten beobachtet. Da er der Viehhaltung nicht nachkam, nahm eine Kommission eine Nachschau bei ihm vor. Im Stall fand sie die Kadaver von drei Kindern, welche dadurch eingegangen waren, weil sich der Besitzer nicht um die Tiere kümmerte. Der Dung war seit einem Jahre nicht mehr aus dem Stall entfernt worden. Auf Veranlassung der Behörde wurden die noch vorhandenen Tiere dem Landwirt weggenommen.

Mannheim, 17. Dez. Am Samstag sprang der 16-jährige Arbeiter Reff aus Birmheim auf freier Strecke aus einem nach Weinheim fahrenden Zug der Oberheinischen Eisenbahngesellschaft. Er geriet dabei unter einen auf dem anderen Gleis vorüberfahrenden Zug und wurde so schwer verletzt, daß er starb.

Mannheim, 17. Dez. Auf die Eingabe der Handelskammer Mannheim an das Ministerium des Innern ist nun die Genehmigung eingelaufen, daß die Abendgesellschaften in der Zeit von heute bis zum 24. Dezember erst um 7 Uhr schließen, Sonntag um 6 Uhr.

Seibersberg, 17. Dez. Wegen zahlreicher Diebstähle in den städtischen Wirtshäusern wurde hier ein Wirtshausbesitzer verhaftet. Bei der Hausdurchsicht fand man bei dem ungetreuen Beamten laut „Seibersberger Tagblatt“ zahlreiche Lebensmittel, die aus den Diebstählen herrührten.

Berichtszeitung.

§§ Karlsruher, 15. Nov. Sitzung der Strafkammer I. Der jugendliche Anwalt Friedrich Knebel aus Triembach wurde in Maulbronn aufgenommen; er benötigt dann die Gastfreundschaft, um allerhand an seiner Schlafstelle zu stehen. Dann begab er sich nach Karlsruhe, wo er mit mehreren Gefellen zusammentraf, die zum Teil erprobte Verbrecher waren. Darunter befanden sich auch der 24-jährige Friedrich K. aus Strahburg u. der Tagelöhner Alois Hartmann aus Seibersberg. K. und Hartmann hatten in Offenburg eine Strafe zu verbüßen, es war ihnen aber gelungen, aus dem Gefängnis zu entweichen. Sie begaben sich nun nach Seibersberg, wo sie dort verschiedene Einbrüche, die ihnen einen Anzahl Pfunde Kleingeld, ein Vordergeschloß, etwa 30 Pfund Speck, mehrere Anzüge, ein Kinderwagen und anderes in die Hände fielen. Die Waren brachten die Diebe nach Karlsruhe und verkauften sie dort an die Ehegattin des Seibersberger Wirtshausbesitzer Karl Dreher aus Ralsch. Die ganze Gesellschaft machte an einem heiteren Tage einen Einbruch in Seibersberg bei Ettlingen und nahm mit, was sie tragen konnte. Das Gericht verurteilte die Diebe in folgender Weise: K. zu 2 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust, K. zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, Hartmann zu 9 Monaten Gefängnis, daneben läuft noch eine Strafe von 2 Jahren 6 Monaten, die Hartmann in Offenburg erlitten hat. Knebel erhielt 7 Monate Gefängnis, Dreher 3 Monate Gefängnis. In den Strafen geht die Unterjudungschaft ab. Die Helferin wurde mit einem Monat Gefängnis bestraft.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.

### Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 18. Dez.

#### Schon wieder Kohlenpreiserhöhung?

Wie aus Essen berichtet wird, beschäftigen sich die Zechen zurzeit in Besprechungen mit amtlichen Stellen mit der neuen Regelung der Kohlenpreise vom 1. Januar 1918 ab; die Wünsche gehen unter Hinweis auf die fortgesetzte sich steigenden Selbstkosten nach einer weiteren Erhöhung der Preise. Es ist, wie ich erfahre, nicht ausgeschlossen, daß diese Wünsche Rechnung getragen wird. (Frankfurter Zeitung Nr. 238).

Da wären wir also glücklich wieder am Anfang einer neuen Preiserhöhung auf allen Gebieten, denn es wird nicht lange dauern, so kommen andere Betriebe und erklären, aus Rücksicht auf die neuerlich gestiegenen Preise für Kohlen könnten die bisherigen Preise nicht beibehalten werden und letzten Endes sind es die Verbraucher, die nicht nur ihren eigenen Hausbrand, sondern auch die Kohlen für alle anderen Betriebe durch entsprechende Aufschlag auf die Waren teurer bezahlen müssen. Die Kohlenpreise sind gegen das Jahr 1913 bereits um mehr als 100 Prozent erhöht. Genau so steht es mit fast allen anderen Waren. Damit halten wieder die Teuerungszulagen der Beamten und Privatangestellten noch die Köpfe der Mehrzahl der Arbeiter gleichen Schritt, von den Rentnerempfängern, Kriegerfrauen, Pensionären ganz zu schweigen.

Die amtlichen Stellen, mit denen die Zechen jetzt verhandeln und die angeblich zu neuen Zugeständnissen bereit sein sollen, werden gut tun, sich nicht nur nach der Leistungsfähigkeit der Industrie zu erkundigen, sondern sich auch die Frage vorzulegen, ob ihr Nachgeben gegenüber den Wünschen der Zechenbesitzer nicht notwendig die Verbraucher in eine geradezu unerträgliche Lage bringen muß, für die keine amtliche Stelle die Verantwortung tragen kann. Die Abschlässe der Zechen beweisen keineswegs die Notwendigkeit einer abermaligen Erhöhung der Preise, während umgekehrt ein Vergleich der Preise für Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs einerseits und der Einkommen der breiten Masse andererseits ohne weiteres darthut, daß jede neue Belastung der Verbraucher vermieden werden muß.

**Na. Milchversorgung.** Bei dem städt. Milchamt gehen zahlreiche Beschwerden wegen der Kürzung der Milchmenge ein. Vielfach wird den Milchverkäufern die Schuld daran zugeschoben. Die Ursache ist aber lediglich die geringe Milchleistung, die aller Voraussicht nach bis nach dem Weihnachtseinfuhr anhalten dürfte, jedoch eine 10prozentige Kürzung der den Bezugsberechtigten zustehenden Milchmenge vorgenommen werden muß. Der Mangel an Milch vermindert auch die verfügbare Menge Mager- und Buttermilch. Daher werden in den nächsten Tagen die Magermilchfabriken insofern vornehmlich nur jeden 3. Tag Mager- oder Buttermilch erhalten können.

**Einschränkung des Verbrauchs von elektrischem Strom.** Wie aus einer Bekanntmachung des Stadtrats zu ersehen war, sind neue Vorschriften über die Einschränkung elektrischer Energie erlassen worden. Nach diesen Vorschriften sind alle Stromabnehmer verpflichtet, den Verbrauch elektrischer Arbeit (Licht- und Kraftstrom) in weitestgehendem Maße einzuschränken. Diese Einschränkung liegt im vaterländischen Interesse, weil dadurch Kohlen gespart werden, deren Förderung und Beförderung zurzeit mit großen Schwierigkeiten verbunden ist.

**Unfall.** In einer Fabrik im Bonndorf fiel einer dort beschäftigten Arbeiterin am Freitag vormittag beim Arbeiten an einer Drehbank ein Dreibriemen, der von der Scheibe absprang, auf den Kopf. Sie erlitt eine Gehirnerschütterung und wurde in bewußtlosem Zustande mit dem Krankenauto nach dem städt. Krankenhaus gebracht.

**Das Weihnachtsprogramm des Kolosseums,** das seit letzten Sonntag zur Abwicklung gelangt, muß zu dem Besten gezählt werden, was bisher im Kolosseum dargeboten wurde. Von der ersten bis zur letzten Nummer werden die Besucher in Atem und Spannung gehalten und tausender Beifall begleitete jede einzelne Darbietung. Die Opern- und Operettenängerin Margitta von Bernitzky eröffnete den Abend mit 3 schön gelungenen Liedern; die Sängerin verfügte über eine gute gebildete Stimme und einen bescheidenen Vortrag. Auf das Gebiet der Tierdarstellung und Leos mit seinen dressierten Affen; besonders als Radfahrer leisten die Tiere so Vortreffliches wie wir es nur in größeren Zirkussen zu sehen gewohnt sind. Mit Spannung sah man dem Auftreten der Geisha, Ladorff-Marian, moderner Tanz-Duett, entgegen, denn die beiden Damen betreten zum ersten Male die Bretter der Bühne, nachdem sie von einer unserer ersten hiesigen Balletmeisterinnen ausgebildet worden sind. Das erste Auftreten der beiden Damen in ihrer Heimatsstadt bedeutet einen vollen Erfolg. Hübsche Erscheinungen, leicht und gracios in den Bewegungen, prächtige, stilvolle Kostüme, das sind die Voraussetzungen eines Erfolges, die hier in vollem Maße erfüllt sind. Die beiden Künstlerinnen werden sicher ihren Weg machen. — Rollendes bringen Rivas und Diga mit ihren Fußsängerspielen, die Schlußnummer, das „lebende Karussell“ verdient besondere Erwähnung. Geddi Hilma zeigt sich als kunstvollere Clarina-Spielerin. Auf dem Gebiete der Akrobatik betätigen sich: Zwei Strauss, die Ungarbrüderlichen, Geshw. Barnow und Pring in ihrer komischen Szene: „Justine Kimberstreiche“ und Oswaldos, die komischen Akrobaten. Stürme der Geistesart durchbrausen den Saal bei den mit toller Ausgelassenheit wiedergegebenen oft kaltschauerischen Kunststücken. In Karl Hermann, des bayerischen Original, hat sich die Direktion einen Komiker verschrieben, der durch seinen Witzsinn und die Art wie er ihn zum Besten gibt, an die Radmusketen fast nicht mehr zu bewältigende Anforderungen stellt. Fügen wir noch hinzu, daß auch die Hausbelle unter der Leitung ihres Kapellmeisters Alois Walde allezeit, sowohl in Einzeldarbietungen, wie auch in der Begleitung der Künstler auf der Höhe ist, so haben wir ein Programm für die Weihnachtslage, dem ein allabendlich ausverkauft Haus nur zu wünschen ist.

**Der Waffenstillstands-Vertrag.** Berlin, 17. Dez. (W. B. Amtlich.) Wortlaut des abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrages zwischen den bevollmächtigten Vertretern der Obersten Heeresleitungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei einerseits und Anstalt andererseits:

Es wird zur Herbeiführung eines dauerhaften, für alle Teile ehrenvollen Friedens folgender Waffenstillstand abgeschlossen:

I. Der Waffenstillstand beginnt am 17. Dezember, 12 Uhr

mittags (4. Dezember 1917, 14 Uhr russischer Zeit) und dauert bis zum 11. Januar 1918, 12 Uhr mittags (1. Januar 1918, 14 Uhr russischer Zeit). Die vertragsschließenden Parteien sind berechtigt, den Waffenstillstand am 21. Tage mit sieben-tägiger Frist zu kündigen. Erfolgt dies nicht, so dauert der Waffenstillstand automatisch weiter, bis eine der Parteien mit sieben-tägiger Frist kündigt.

II. Der Waffenstillstand erstreckt sich auf alle Land- und Luftstreitkräfte der genannten Mächte und auf der Landfront zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee. Auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien tritt der Waffenstillstand gleichzeitig ein. Die Vertragsschließenden verpflichten sich, während des Waffenstillstandes die Anzahl der an den genannten Fronten und auf den Inseln des Roon-Sundes befindlichen Truppenverbände — auch hinsichtlich ihrer Gliederung und ihres Etats — nicht zu vergrößern und an diesen Fronten keine Umgruppierungen zur Vorbereitung einer Offensive vorzunehmen. Ferner verpflichten sich die Vertragsschließenden, bis zum 14. Januar 1918 (1. Januar 1918 russischer Zeit) von der Front zwischen dem Schwarzen Meer bis zur Ostsee keine operativen Truppenbewegungen durchzuführen, es sei denn, daß die Verschiebungen im Augenblick der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages schon eingeleitet sind. Endlich verpflichten sich die Vertragsschließenden, in den Häfen der Ostsee, östlich des 15. Längengrades östlich von Greenwich und in den Häfen des Schwarzen Meeres während der Dauer des Waffenstillstandes keine Truppen zusammenzuführen.

III. Als Demarkationslinie an der europäischen Front gelten die beiderseitigen vorbereiteten Hindernisse der eigenen Stellungen. Diese Linien dürfen nur unter Bedingungen der Ziffer IV überschritten werden. Dort, wo keine geschlossenen Stellungen bestehen, gilt beiderseits als Demarkationslinie die Gerade zwischen den vorbereiteten besetzten Punkten. Der Zwischenraum zwischen den beiden Linien gilt als neutral, ebenso sind schiffbare Flüsse, die die beiderseitigen Stellungen trennen, neutral und unbefahrbar, es sei denn, daß es sich um eine vereinbarte Handelschiffahrt handelt.

In den Abschnitten, wo die Stellungen weit auseinanderliegen, sind alsbald durch Waffenstillstandskommissionen (Ziffer VII) Demarkationslinien festzulegen und kenntlich zu machen. Auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien sind die Demarkationslinien sowie der Verkehr über dieselben (Ziffer IV) nach Vereinbarung der beiderseitigen Höchstkommandierenden zu bestimmen.

IV. Zur Entwiklung und Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der vertragsschließenden Parteien wird ein örtlicher Verkehr der Truppen unter folgenden Bedingungen gestattet:

1. Der Verkehr ist erlaubt für Parlamentäre, für Mitglieder der Waffenstillstandskommissionen (Ziffer VII) und deren Vertreter. Sie alle müssen dazu Kursive von mindestens einem Korpskommando bezw. Korpskommandeur besitzen.

2. In jedem Abschnitt einer russischen Division kann an etwa 2 bis 3 Stellen ein örtlicher Verkehr stat finden. Hierzu sind in Einvernehmen der sich gegenüberliegenden Divisionen Verkehrsstellen in der neutralen Zone zwischen den Demarkationslinien einzurichten und durch weiße Flaggen zu bezeichnen. Der Verkehr ist nur bei Tage von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zulässig. An den Verkehrsstellen dürfen sich gleichzeitig höchstens 25 Angehörige jeder Partei ohne Waffen aufhalten. Der Austausch von Nachrichten und Zeitungen ist gestattet. Offene Briefe können zur Beförderung übergeben werden. Der Verkauf und Austausch von Waren des täglichen Gebrauchs an den Verkehrsstellen ist erlaubt.

3. Die Beerdigung Gefallener in der neutralen Zone ist erlaubt. Die näheren Bestimmungen sind jedesmal durch die beiderseitigen Divisionen oder höheren Dienststellen zu vereinbaren.

4. Ueber die Rückkehr entlassener Heeresangehöriger des einen Landes, die jenseits der Demarkationslinie des anderen Landes beheimatet sind, kann erst bei Friedensverhandlungen entschieden werden. Hierzu zu rechnen sind auch die Angehörigen polnischer Truppenteile.

5. Alle Verletonen, die entgegen den vorstehenden Vereinbarungen 1-4 die Demarkationslinie der Gegenseite überschreiten, werden bestraft und erst bei Friedensschluß oder Kündigung des Waffenstillstandes zurückgegeben. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, ihre Truppen durch strenge Befehl und eingehende Belehrung auf das Einhalten der Verkehrsbedingungen und die Folgen von Ueberschreitungen hinzuweisen.

V. Für den Seeverkehr wird folgendes festgelegt:

1. Der Waffenstillstand erstreckt sich auf das ganze Schwarze Meer und auf die Ostsee östlich des 1. Längengrades Ost von Greenwich und zwar auf alle dort befindlichen See- und Luftstreitkräfte der vertragsschließenden Parteien. Für die Frage des Waffenstillstandes im Weißen Meer, in den russischen Küstengewässern und im nördlichen Eismeer wird von der deutschen und der russischen Seestreitleitung in gegenseitigem Einvernehmen eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Gegenwärtige Angriffe auf Handels- und Kriegsschiffe in den genannten Gewässern sollen nach Möglichkeit schon jetzt unterbleiben. In jene besondere Vereinbarung sollen auch Bestimmungen aufgenommen werden, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß Seestreitkräfte der vertragsschließenden Parteien auf anderen Meeren sich bekämpfen.

2. Angriffe von See aus und aus der Luft auf Häfen und Küsten der anderen vertragsschließenden Parteien werden auf allen Meeren beiderseits unterbleiben. Auch ist das Anlaufen der von der einen Partei besetzten Häfen und Küsten durch Seestreitkräfte der anderen Partei verboten.

3. Das Ueberfliegen von Häfen und Küsten der anderen vertragsschließenden Partei sowie der Demarkationslinie ist auf allen Meeren untersagt.

4. Die Demarkationslinien verlaufen:

- a) Im Schwarzen Meer: Von Cinsura-Leuchtturm (St. Georgsmündung) — Kap Jezos (Trapezunt).
- b) In der Ostsee: Von Rogeluel — Westküste — Worms — Bogdlaer — Soensla — Borgarne.

Die nähere Festsetzung der Linie zwischen Worms und Bogdlaer wird der Waffenstillstandskommission der Ostsee (Ziffer VII, 1) übertragen, mit der Aufgabe, daß den russischen Seestreitkräften bei allen Wetter- und Eisverhältnissen freie Fahrt nach der Barents-See gestattet ist. Die russischen Seestreitkräfte werden die Demarkationslinie nicht nach Süden, die Seestreitkräfte der verbündeten Mächte nicht nach Norden überschreiten. Die russische Regierung übernimmt die Gewähr dafür, daß die Seestreitkräfte der Entente, die sich bei Beginn des Waffenstillstandes nördlich der Demarkationslinien befinden oder später dorthin gelangen, sich ebenso verhalten, wie

die russischen Seestreitkräfte. Handel und Handelschiffahrt in den in Ziffer I, Abschnitt 1 bezeichneten Seegebieten sind frei. Die Festlegung aller Bestimmungen für den Handel sowie die Befreiung aller Bestimmungen für die Handelschiffe wird den Waffenstillstandskommissionen des Schwarzen Meeres und der Ostsee (Ziffer I, 7 und VII) übertragen. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, während des Waffenstillstandes im Schwarzen Meer und in der Ostsee keine Vorbereitungen zu Angriffsoperationen zur See gegeneinander vorzunehmen.

VI. Im Urkunden und Zwischenfälle an der Front zu vermeiden, dürfen Nebungen mit Infanteriewirkungen nicht näher als 5 Kilometer, mit Artilleriewirkungen nicht näher als 15 Kilometer hinter der Front vorgenommen werden. Der Landminenkrieg wird vollkommen eingestellt. Luftstreitkräfte und Zersplitterungsflugzeuge dürfen sich außerhalb einer 10 Kilometer weiten Luftzone hinter der eigenen Demarkationslinie halten. Die Arbeiten an den Stellungen hinter der Front vorgenommen sind erlaubt, jedoch nicht solche, die der Vorbereitung zum Angriff dienen können.

VII. Mit Beginn des Waffenstillstandes treten zu nachstehenden Waffenstillstandskommissionen Vertreter jedes an den betreffenden Frontabschnitten beteiligten Staates zusammen, denen alle militärischen Fragen für die Ausführung der Waffenstillstandsbestimmungen in den Waffenstillstandsbereichen zuzuführen sind:

- 1. Riga für die Ostsee.
  - 2. Dünaburg für die Front von der Ostsee bis zur Dina.
  - 3. Brest-Litovsk für die Front von Dina bis zum Pripiet.
  - 4. Berditschew für die Front vom Pripiet bis zum Dnjestr.
  - 5. Kofosow für die Front vom Dnjestr bis zum Schwarzen Meer.
- (Grenzbestimmungen zwischen den beiden Kommissionen 5 und 6 im gegenseitigen Einvernehmen.)
- 6. Soziani.
  - 7. Odesa für das Schwarze Meer.

Diesen Kommissionen werden unmittelbar unkontrollierbare Fernschreibleitungen in die Heimatländer ihrer Mitglieder zur Verfügung gestellt. Die Leitungen werden im eigenen Land bis zur Mitte zwischen den Demarkationslinien von den beiderseits Leitungen gebaut.

Auch auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen werden derartige Kommissionen eingerichtet, nach Vereinbarung der beiderseitigen Höchstkommandierenden.

VIII. Vertrag über die Waffenruhe vom 5. Dezember (22. November). Alle bisher für einzelne Frontabschnitte abgeschlossenen Vereinbarungen über Waffenruhe oder Waffenstillstand werden durch diesen Waffenstillstandsvertrag außer Kraft gesetzt.

IX. Die vertragsschließenden Staaten werden in unmittelbarem Anschluß an die Unterzeichnung dieses Waffenstillstandsvertrages in Friedensverhandlungen eintreten.

X. Ausgehend von dem Grundsatz der Freiheit, Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit des neutralen peripheren Reiches sind die türkische und russische Oberste Heeresleitungen bereit, die Truppen aus Persien zurückzuziehen. Sie werden alsbald mit der persischen Regierung in Verbindung treten, um die Einzelheiten der Räumung und die zur Sicherung jenes Grundsatzes sonst noch erforderlichen Maßnahmen zu beraten.

XI. Jede vertragsschließende Partei erklärt eine Ausfertigung dieser Vereinbarungen in deutscher und russischer Sprache, die von den Bevollmächtigten unterzeichnet ist.

Brest-Litovsk, 15. Dezember 1917 (2. Dezember 1917).

### Neueste Nachrichten.

#### Die neuesten Verletzungen.

Berlin, 17. Dez. (W. B. Amtlich.) Gines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Rose, verunglückte am 5. Dezember im Armeekanal den amerikanischen Zerstörer „Johannes Jones“ und nahm dabei zwei Matrosen gefangen. Das Boot griff dann den Handelsverkehr mit gutem Erfolg bei stärkster feindlicher Gegenwirkung an und versenkte insgesamt acht Dampfer mit über 22 000 Brutto-Registertonnen. Allein vier größere Dampfer fielen ihm aus starker Geschwindigkeit zum Opfer, darunter der englische Dampfer „Westland“ mit 3112 Tonnen, mit Kohle von Leith nach Nantes und der englische Dampfer „Wanza“ (4053 Tonnen). Ein einzeln fahrender bewaffneter Dampfer wurde aus starker Bewachung herausgeschossen. Gegen den englischen Dampfer „Carls-Dorb“ (2353 T.), der durch Bewachungsschiffe geschützt war und unter der englischen Küste westwärts fuhr, wurde ein Torpedotreffer erzielt. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

#### Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. Dez. Wie das „Berliner Lokalanzeiger“ hört, wird der Hauptauschuss des Reichstags am Donnerstag oder Freitag zusammentreten. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, fast das Platt, daß die nun mit dem Abschluß des Waffenstillstandes im Osten sich aufwerfenden Friedensfragen den Gegenstand der Beratungen bilden werden. Auch dürfte sich Gelegenheit bieten, die Vorarbeiten zu erörtern, die den ertlichen Friedensfühler im September im Sande verlaufen ließen.

#### Die Ereignisse in Russland.

Berlin, 18. Dez. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Koenigsberg mitgeteilt wird, meldet die „Times“ aus Odessa: Berichte über die Ereignisse bei Grodny und im Nordosten von Madiarowas und in den dortigen Petrokumbereichen besagen, daß eine kaisersche Seeresabteilung Grodny umzingelte und besaßerte. Es kam zu heftigen Kämpfen. Eine der Petrokumbereichen wurde durch Brand vollständig vernichtet und viele Menschenleben kamen um. In Grodny herrscht auch eine Hungersnot. Das Publikum zieht alle Einlagen aus den Banken zurück weil es eine Beschlagnahme der Geldanlagen durch die Bolschewiki befürchtet, wie dies in Moskau und Nikolajewsk und anderen Orten der Fall war.

#### Briefhaften der Redaktion.

An unsere Parteigänger in Mörz. Wie uns mitgeteilt wird, war das Ausschleiben der Zeitung am letzten Freitag nicht Schuld der Ausführenden. Die Zeitung wurde irrtümlich nach Turmerheim überführt und kam erst nach 8 Uhr zurück, jedoch sie am gleichen Abend nicht mehr ausbezogen werden konnte. Unsere Bezahler werden die durch die Kriegsverhältnisse entstehenden Unregelmäßigkeiten entschuldigen. Bei dieser Gelegenheit seien auch die früheren Abonnenten, welche vom Felde zurückgekehrt und wieder zu Hause sind, eingeladen, auf Neujahr wieder das Blatt zu bestellen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kade; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Ruisenstraße 24.

